

#GesundheitSachsenAnhalt Wochenblick 29/2024



Bundespolitik aktuell

Am 25. September 2024 findet die [Öffentliche Anhörung zum KHVVG](#) statt. Mit dem sogenannten [3 Punkte Plan](#) versucht die DKG die Krankenhausreform zu ändern. Ganz vorn steht die Forderung, die NRW-Vorlage ohne Änderungen auf den Bund zu übertragen. Die Reform in NRW sei von allen Partnern auf Landesebene gemeinsam erarbeitet und erprobt worden. Außerdem seien Vorhaltepauschalen keine Lösung und würden zu mehr Bürokratie führen. Stattdessen sollten kurzfristig bereits existierende fallzahlunabhängige Zuschläge genutzt und auf die vom Bund geplanten Mindestfallzahlen und verschärften Personalvorgaben verzichtet werden.

In den Verhandlungen zum Bundeshaushalt 2025 hat sich die **Bundesregierung** auf Maßnahmen gegen den [Fachkräftemangel](#) geeinigt. Vorgesehen sind Anreize für ältere Arbeitskräfte, länger zu arbeiten, steuerfreie Überstunden und auch Steuerbegünstigungen für ausländische Fachkräfte. Konkret sind Vergütungen zusätzlicher Arbeitsjahre im Rentenalter, monatliche Zuschläge auf die Rente und Einmalzahlungen in Höhe der entgangenen Rente geplant.

Der **Bundesrat** hat sich mit einer Entschließung zur Beschleunigung der Verfahren zur [Anerkennung der Ausbildung ausländischer Ärzte und Ärztinnen](#) befasst. Das Verfahren würde beispielweise in Bayern bis zu 24 Monaten benötigen und daher solle die geltende Rechtslage geändert werden. Es bedürfe Anpassungen in der Bundesärzteordnung und der Approbationsordnung für Ärzte, um das Verfahren zu beschleunigen. So soll es zukünftig eine mündliche Kenntnisprüfung geben, anstatt einer aufwendigen Prüfung der Ausbildungsunterlagen. Zudem soll durch Änderung im Bundesrecht eine elektronische Antragstellung möglich werden.

Die [Kinderkrankschreibung](#) ist jetzt dauerhaft via Video- oder Telefonkontakt möglich. **Die KBV** und der **GKV-Spitzenverband** haben sich darauf geeinigt, dass wie bei Erwachsenen auch die Kinderkrankschreibung per Video- oder Telefonkontakt dauerhaft möglich ist.

Von Arendsee bis Zeitz

Auch in diesem Jahr sind die [Eigenanteile in Pflegeheimen](#) in Sachsen-Anhalt wieder gestiegen. Nach Berechnungen des vdek beträgt im ersten Aufenthaltsjahr der durchschnittliche Eigenanteil 2.373 Euro, was einer Preissteigerung von rund 12 Prozent im Vergleich zum Vorjahr entspricht.

Am 02. Juli 2024 erhielt Maria Christina Rost ihre Ernennungsurkunde aus den Händen von Landtagspräsident Dr. Gunnar Schellenberger als [Datenschutzbeauftragte](#) des Landes Sachsen-Anhalt. Rost war im April 2024 von den Koalitionsfraktionen CDU, SPD und FDP als gemeinsame Kandidatin vorgeschlagen worden.

2023 waren in Sachsen-Anhalt 15,4 % der Bevölkerung armutsgefährdet. Laut Statistischem Landesamt geht diese [Armutsgefährdungsquote](#) aus ersten Ergebnissen des Mikrozensus 2023 hervor. Legt man den (jeweiligen) regionalen Maßstab an, lag damit der Anteil der Menschen, die von Armut bedroht waren, unter dem Bundesdurchschnitt (16,6 %) und dem Wert für die alten Bundesländer (16,9 %). Für die neuen Bundesländer (einschl. Berlin) lag die Quote bei 15,2 %.

Kurz und knapp

Die [Deutsche Herzstiftung e.V.](#) und die [Björn-Steiger-Stiftung](#) wollen mit ihrer Kooperation „[Herzsicher](#)“ die Laienreanimationsquoten in Deutschland erhöhen. Schätzungen zufolge könnten jährlich rund 10.000 Leben durch eine Laienreanimation gerettet werden.

Prof. Thomas Fischer besetzt die erste [Seniorprofessur in Magdeburg](#) an der medizinische Fakultät.